

Bevölkerungsentwicklung - Tendenzen und Ursachen

Leitbeitrag zur Broschüre "Vordenken. Unser Land in 20 Jahren", Deutschlandtag der Jungen Union, Cottbus, 17.-19. Oktober 2003

Schrumpfung, ethnisch-kulturelle Heterogenisierung, Alterung, Vereinzelung und regionale Disparitäten - das sind die gegenwärtigen, problematischen Entwicklungen der Bevölkerung Deutschlands (die Aufzählung folgt Mäding 2003: 1). Diese Phänomene sind auf eigene Entscheidungen der Bevölkerung zurückzuführen. Sieht man vom Geborenwerden und Sterben ab, bestimmen die Personen idealiter selbst über die grundlegenden demographischen Prozesse, also über die biologische Reproduktion, Veränderungen der Lebensformen, ihren privaten Haushalt und Wohnort.

1. Schrumpfung

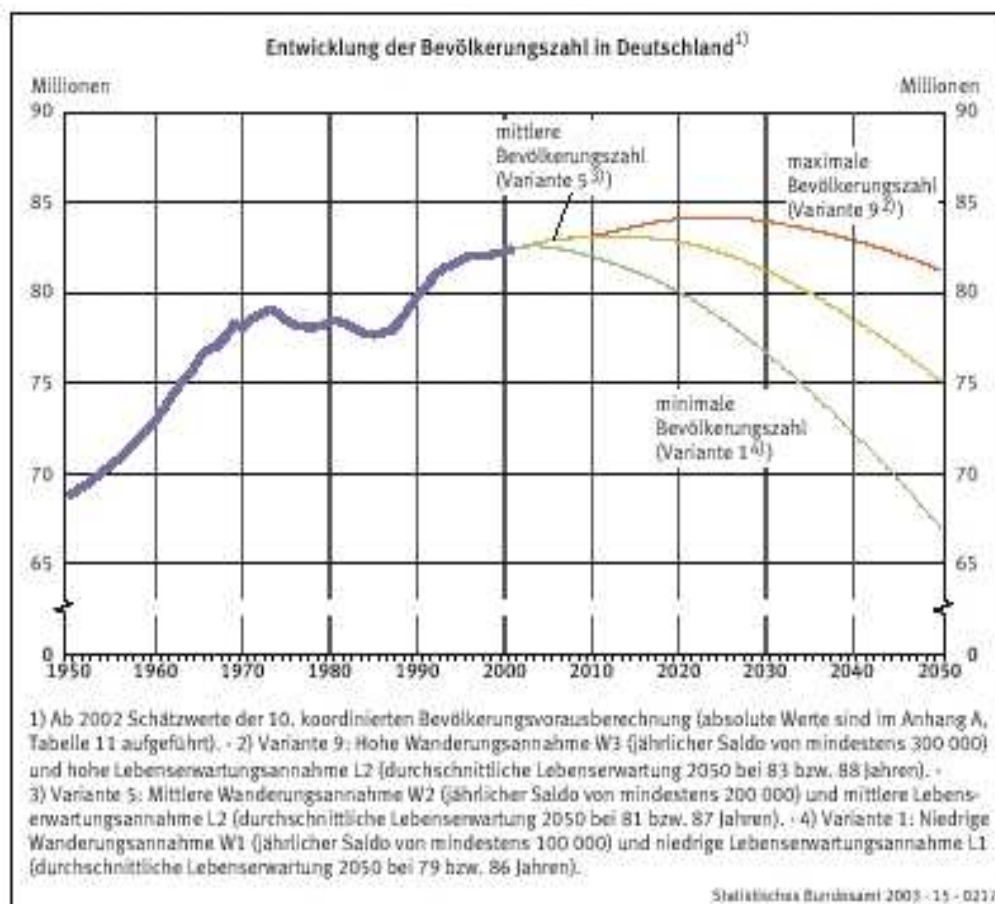
Die Bevölkerung Deutschlands ist in den letzten Jahren weiter gewachsen, und sie ist mittlerweile über 82 Millionen so groß ist wie nie zuvor. Zwar liegt die jährliche Zahl der Geburten seit Jahrzehnten (genau: seit 1972) unter der Zahl der Sterbefälle, dies wurde aber mehr als ausgeglichen durch die Zuwanderung aus dem Ausland. Wenn allerdings, und dies ist wahrscheinlich, die Geburtenzahl weiter sinkt und die Zuwanderung auf dem jetzigen Niveau bleibt, wird die Bevölkerung spätestens ab 2020 schrumpfen.

Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

In der im Juni 2003 veröffentlichten 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wurden verschiedene Annahmen über die Geburtenhäufigkeit, die Sterblichkeit und die grenzüberschreitende Zuwanderung gesetzt:

"Heute hat Deutschland rund 82,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Die bis zum Jahr 2050 fortgeschriebenen Verläufe der Geburten und Sterbefälle [...] zeigen eine immer weiter aufgehende 'Schere' zwischen der Zahl der Neugeborenen und der der Gestorbenen, wobei sich das Geburtendefizit künftig deutlich

Abbildung 1: Gegebene und vorausberechnete Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2003)



vergrößert. Die Zuwanderung mindert den dadurch einsetzenden Bevölkerungsrückgang, kann ihn jedoch nicht vollständig ausgleichen: Die mittlere Variante (Variante 5) ergibt für 2050 noch 75 Millionen Einwohner. Bei niedrigerer Zuwanderung (Variante 4) sinkt die Bevölkerung auf 68,5 Millionen, bei höherer Zuwanderung (Variante 6) dürfte sie 80 Millionen betragen. Die geringste Bevölkerungszahl ergibt sich bei Annahme geringer Wanderungen und geringer Erhöhung der Lebenserwartung mit 67 Millionen (Variante 1), die höchste bei hoher Wanderungs- und hoher Lebenserwartungsannahme mit 81 Millionen (Variante 9). Bei hoher Zuwanderung und hoher Lebenserwartung dürfte zeitweise auch eine etwas höhere Bevölkerungszahl als heute erreicht werden. Bei einem ausgeglichenen Wanderungssaldo und einer im Vergleich zu heute unveränderten Lebenserwartung würden hingegen im Jahr 2050 in Deutschland nur noch etwa 54 Millionen leben." (Statistisches Bundesamt 2003, S. 29-30; Abb. 1)

Deutschland in der EU

Anders als in Deutschland sowie Schweden und Griechenland gab es in den anderen Ländern der Europäischen Union im Jahr 2001 positive, sogar noch gestiegene natürliche Bevölkerungszuwächse.

"Das natürliche Wachstum hat in der EU trotz leicht gesunkener Geburtenzahlen im Jahr 2001 generell zugenommen, vor allem wegen des Rückgangs der Zahl der Todesfälle in allen EU-Mitgliedsstaaten außer in Dänemark und Schweden, wo die Zahl der Todesfälle leicht steigt. Allerdings ist der natürliche Wachstumssaldo in Deutschland (-1,1 Promille), Schweden (-0,3 Promille) und Griechenland (-0,1 Promille) weiterhin negativ. Somit hätten diese drei Länder ohne positive Nettozuwanderung einen Rückgang ihrer Bevölkerung zu verzeichnen. Italien verzeichnet im Gegensatz zu den letzten Jahren einen positiven natürlichen Wachstumssaldo (+0,1 Promille), insbesondere aufgrund des starken Rückgangs der Todesfälle. Dieser Zuwachs ist auch in Irland stark ausgeprägt, wo das natürliche Wachstum, das höchste in der EU, nunmehr bei 7,3 Promille liegt (gegenüber 6,1 Promille im Jahr 2000), sowie in Spanien (1,4 Promille gegenüber 0,9 Promille) und in Frankreich (4,2 Promille gegenüber 4,0 Promille)." (Europäische Kommission / Eurostat 2002, S. 46)

2. Heterogenisierung

Nach dem Krieg kamen zwölf Millionen Flüchtlinge vor allem aus verlorenen Gebieten des Deutschen Reiches in das heutige Bundesgebiet, danach, verstärkt nach dem Mauerbau, wurden über zwei Millionen ausländische Arbeitskräfte aus Südeuropa, Nordafrika und der Türkei aufgenommen. Auch nach dem Anwerbestopp von 1973 gab es aufgrund des Familiennachzugs, der Aufnahme von Zuwanderern aus humanitären Gründen (Flüchtlinge, Asylbewerber, ethnisch Diskriminierte) und - mit abnehmender Zahl - aufgrund der Aufnahme Deutschstämmiger aus dem ehemals kommunistischen Machtbereich (Spätaussiedler) regelmäßig positive Wanderungssalden. Solange das Staatsangehörigkeitsrecht dem *ius sanguinis* folgte, nahm die ausländische Wohnbevölkerung darüber hinaus durch ihren Geburtenüberschuss zu. Das neue Recht mit der dem Geburtsort folgenden Staatsangehörigkeit und erleichterte Bedingungen der Einbürgerung führen jetzt vor allem in den jüngsten Altersgruppen zu abnehmenden Ausländerzahlen. Auf jeden Fall tragen die großen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund, mit und ohne ausländischen Pass, ob eingebürgert oder nicht, zur ethnischen und kulturellen Vielfalt bei; die Kehrseite ist die Ethnisierung von Konflikten.

Ausländische Bevölkerung

Die ausländische Bevölkerung in Deutschland zählt (31.12.2001) 7,3 Millionen, was einem Bevölkerungsanteil von 8,9 Prozent entspricht. Mehr als ein Viertel (1,9 Millionen) hat die türkische Staatsangehörigkeit, die nächstgrößten Gruppen sind Zuwanderer aus Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten bzw. aus Italien..

Gegenüber früheren Jahren ist die Zunahme der ausländischen Bevölkerung nur noch gering (21,8 Tausend in 2001); in den Jahren der stärkeren Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen (1997/98) fiel sie sogar negativ aus.

Asylbewerber

Auch die Zahlen der Asylsuchenden waren rückläufig (2001 88,2 Tausend). Die bedeutendsten Herkunftsländer waren der Irak (17,2 Tsd.), das frühere Jugoslawien und die Türkei.

Spätaussiedler

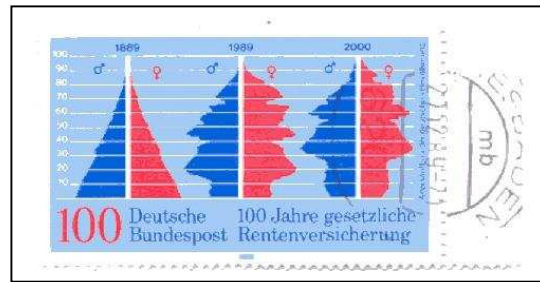
Seit 1988 reisten rund 2,8 Millionen Spätaussiedler und deren Angehörige in die Bundesrepublik Deutschland ein, besonders viele in 1989 (377 Tausend) und 1990 (397 Tausend). Seit einigen Jahren ist ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen. So sind im Jahr 2001 98.484 Spätaussiedler und deren Angehörige in Deutschland aufgenommen worden. 1999 waren es 104.916 und im Jahr davor 103.080. Die Zahl der aufgenommenen Personen lag in den beiden vergangenen Jahren erstmals seit 1987 unter 100.000. Kamen die Aussiedler früher vor allem aus Polen und Rumänien, stammt die überwiegende Mehrheit der Spätaussiedler heutzutage aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Dem Bielefelder Demographen Herwig Birg zufolge wird der Anteil der Zugewanderten, worunter er die im Jahr 1998 als Ausländer registrierte Bevölkerung und ihre Nachkommen versteht, von 1998 bis 2030 von 9,0% auf

19,6% und bis 2050 auf 27,9% zunehmen (Birg 2003, S. 13). Die Berechnung berücksichtigte nicht, dass ein zunehmender Anteil der Personen mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsangehörigkeit hat.

3. Alterung

Die Altersstruktur Deutschlands ist seit den 70er Jahren, nach dem Babyboom der Wiederaufbaujahre, davon geprägt, dass die jüngeren Jahrgänge zahlenmäßig geringer besetzt sind als die älteren. Die Geburtenzahl nahm ab, die Lebenserwartung stieg. Dass die demographische Alterung Deutschlands nicht unbemerkt blieb, mag eine Briefmarke von 1989 zum 100-jährigen Bestehen der Rentenversicherung belegen. Die Gegenüberstellung der Bevölkerungspyramiden von 1889, 1989 und 2000 weist darauf hin, dass die Sicherung der Renten im Umlageverfahren (die Erwerbstätigen bringen mit Mittel zur Zahlung der Renten der noch nicht und der nicht mehr Erwerbstätigen auf) immer schwieriger wird.



Die aktuelle Altersstruktur prägt die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte: Sowohl starke als auch schwache Jahrgänge rücken in höheres Alter vor. Die heute etwa 35- bis 40-Jährigen - die geburtenstärksten Jahrgänge - wechseln ab dem Jahr 2002 allmählich in das Seniorenalter über. Damit wird der Anteil der Älteren an der Bevölkerung zunehmen. Im Jahr 2050 werden die 12-Jährigen von heute die am stärksten besetzten Jahrgänge der dann etwa 60-Jährigen stellen. Bei den unter 50-Jährigen dagegen fallen die einzelnen Jahrgänge um so schwächer aus, je jünger sie sind. Nach der mittleren Variante (Variante 5) wird die Zahl der im Jahr 2050

Tabelle 1: Altersstruktur der Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2003)

	Insgesamt am Jahresende				
	Mio.	Davon im Alter von			
		unter 20	20-59	60 und älter insgesamt	80 und älter
	in %	in %	in %	in %	
1950	69,3	30,4	55,0	14,6	1,0
1970	78,1	30,0	50,1	19,9	2,0
1990	79,8	21,7	57,9	20,4	3,8
2001	82,4	20,9	55,0	24,1	3,9
2010	83,1	18,7	55,7	25,6	5,0
2030	81,2	17,1	48,5	34,4	7,3
2050	75,1	16,1	47,2	36,7	12,1

StBA 2003, 10. koord. Bevölkerungsvorausberechnung, "mittlere" Variante

geborenen Kinder etwa halb so groß sein (52%) wie die der 60-Jährigen. Die absolute Zahl der unter 20-Jährigen sinkt von aktuell 17 Millionen auf 12 Millionen im Jahr 2050." (Statistisches Bundesamt 2003, S. 31; Tab. 1)

"Insbesondere für die Alterssicherung ist das Verhältnis der Bevölkerung im Rentenalter als Gruppe potenzieller Empfänger von Leistungen der Rentenversicherung oder anderer Alterssicherungssysteme zur Bevölkerung im Erwerbsalter wesentlich. Diese Relation wird als Altenquotient bezeichnet. Entsprechend dem bisherigen durchschnittlichen Rentenzugangsalter wird von 60 Jahren als Altersgrenze für das Rentenalter ausgegangen. Das Erwerbsalter wird mit 20 bis 59 Altersjahren abgegrenzt. 2001 lag der Altenquotient bei 44, das heißt 100 Menschen im Erwerbsalter standen 44 Personen im Rentenalter gegenüber. Noch 1999 betrug dieser Quotient 41 und 1995 37. Diese kurzfristige starke Erhöhung des Altenquotienten folgt aus dem Aufrücken der starken Geburtenjahrgänge aus Mitte bis Ende der 1930er Jahre in die Gruppe der 60-Jährigen und älteren und dem gleichzeitigen Hineinwachsen der schwach besetzten Geburtenjahrgänge ab 1975 in das Erwerbsalter [...]: Es kommen also weniger junge Menschen ins Erwerbsalter nach, als aus der mittleren Altersgruppe in die ältere überwechseln. Die langfristige Betrachtung zeigt einen weiteren erheblichen Anstieg des Altenquotienten. Nach der mittleren Variante der Vorausberechnung (Variante 5) würde der Altenquotient bis 2030 auf 71 emporschnellen und bis 2050 weiter bis auf 78 steigen." (Statistisches Bundesamt 2003, S. 33)

So wie die gesamte Bevölkerung "altert" auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, d.h. dass es mehr ältere Arbeitnehmer geben wird als jüngere. Daran knüpfen sich Erwartungen eines künftigen Arbeitskräftemangels (Fuchs 1999), eines Rückgangs der Arbeitslosigkeit und notwendiger Veränderungen der Betriebsstrukturen (Deutscher Bundestag 2002: Enquete-Kommission "Demographischer Wandel").

4. Vereinzelung

"Die partnerschaftlichen Lebensformen und ihre Verbreitung innerhalb der Bevölkerung unterlagen in den vergangenen Jahrzehnten einem starken Wandel, der u.a. durch folgende Faktoren verursacht wurde:

1. den Alterungsprozess der Bevölkerung
2. die Verlängerung der Ausbildungszeiten Jugendlicher und die Verzögerung des Auszugs der Kinder aus dem Elternhaus
3. die Zunahme von Scheidungen/Trennungen
4. die weitgehende Akzeptanz nichtehelicher Lebensformen." (Engstler, Menning 2003, S. 23-24)

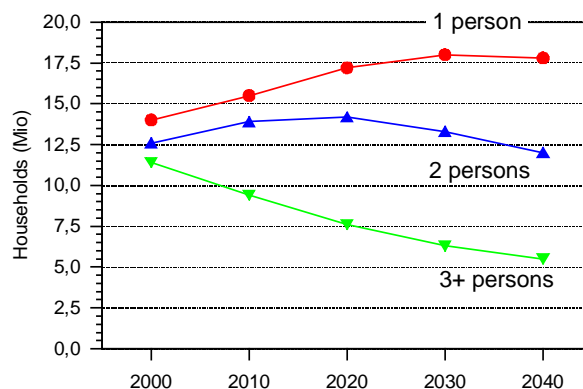
Kinder

"Etwa 19 Prozent der Kinder [blieben] während ihrer gesamten Kindheit Einzelkinder. Die Hälfte der 6- bis 9-Jährigen wächst mit einem Bruder oder einer Schwester im Haushalt auf, 31 Prozent leben mit zwei und mehr Geschwistern zusammen. Verglichen mit 1996 hat der Anteil geschwisterloser 6- bis 9-jähriger Kinder in Westdeutschland um 1,3 Prozentpunkte, in Ostdeutschland um 1,4 Prozentpunkte zugenommen." (Engstler, Menning 2003, S. 28-29)

Partnerschaften

Im "golden age of marriage" der Nachkriegsjahrzehnte gingen um neunzig Prozent eine Ehe ein, heute dagegen weniger als drei Viertel der Frauen und zwei Drittel der Männer. Das Erstheiratsalter stieg bei den Männern auf 31 Jahre, bei den Frauen auf 28 Jahre. Die Zahl von 19 Millionen Ehen (= 38 Millionen Verheiratete) wird sinken, der Anteil der Unverheirateten an der Bevölkerung steigen. Dies wird nicht ausgeglichen durch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften, auch wenn ihre Zahl von 2,1 Millionen, davon 29,5 Prozent mit Kindern, weiter steigt.

Abbildung 2: Haushalte nach Größe (Hullen 2003)



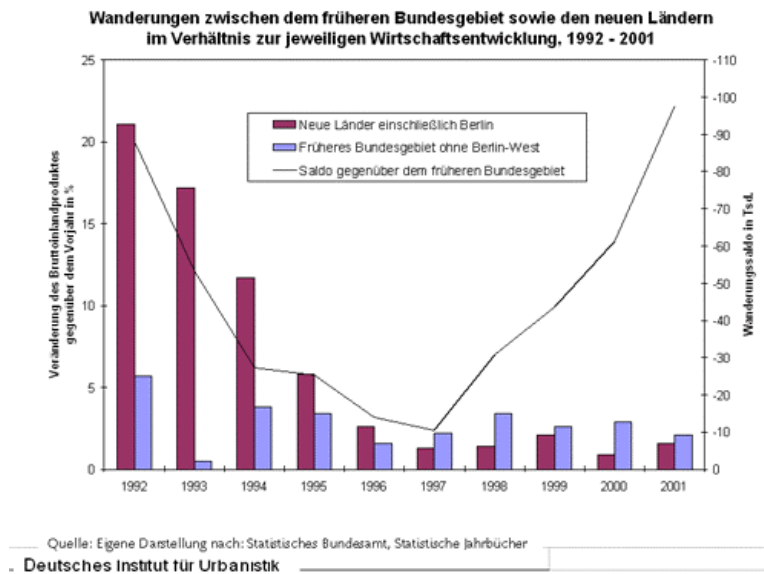
BiB-II5\-\proj_lhf\h03.sps 2000

"Die Hälfte aller ersten nichtehelichen Lebensgemeinschaften werden in eine Ehe überführt und knapp die Hälfte aller zweiten [...] Diese Partnerschaftsform [scheint] eine Lebensform geworden zu sein und auch noch weiter zu werden, die merklich eine frühe Heirat im Lebensverlauf in den Hintergrund gedrängt hat." (Lauterbach 1999, S. 303-304)

Haushalte

Von den 38 Millionen Privathaushalten in Deutschland sind 37 Prozent Ein-Personen-Haushalte und 34 Prozent Zwei-Personen-Haushalte. Die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder ist 2,15 (Ergebnisse des Mikrozensus 2001). Der Anteil der Ein-Personen-Haushalte wird sicherlich weiter zunehmen. Modellrechnungen ergeben, dass im Jahr 2040 jeder zweite Haushalt von nur einer Person bewohnt werden wird (Hullen 2003; Abb. 2). Der Anteil der Zwei-Personen-Haushalte wird, bedingt durch die Bevölkerungsstruktur, in den nächsten zwei Jahrzehnten, ebenfalls noch wachsen (36 Prozent), danach aber auf unter dreißig Prozent

Abbildung 3: Ost-West-Wanderung und Wachstum des BIP (Mäding 2003)



abnehmen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße wird auf unter zwei Personen zurückgehen - eine Größe, die übrigens heute schon in vielen Städten die Norm ist.

5. Regionale Disparitäten

Die regionalen Unterschiede in Deutschland haben sich wieder verstärkt. Besonders die Städte der neuen Länder verlieren an Einwohnern, teils an das Umland, vor allem aber an die westlichen Bundesländer. Eine rare Ausnahme ist das Umfeld Berlins.

Entgegen den Erwartungen bzw. entgegen den Hoffnungen hat sich die Ost-West-Wanderung wieder verstärkt. Waren es 1997 nur noch 10 000 Personen, die die neuen Länder verloren, hatte sich der Wanderungssaldo bis zum Jahr 2001 auf nahezu 100 000 Personen verzehnfacht. Eine Umkehr ist nicht abzusehen. Die Gegenüberstellung der Wanderungssalden und der Veränderung des BIP zeigt, wie die Abwanderung wieder stieg, seitdem das Wirtschaftswachstum der neuen Länder nicht mehr über dem der alten Bundesländer lag (Mäding 2003; Abb. 3).

Die Landkreise weisen den geringsten Bevölkerungsverlust auf, der Kernstädte der Verdichtungsräume den höchsten (Mäding 2003; Abb. 4). Die negativen Folgen der Schrumpfung der Städte sind mit den Worten von Mäding:

"Schrumpfung produziert Wohnungsleerstände, sinkende Infrastrukturnachfrage, Schließung von Einrichtungen, weite Wege, Verfall von Immobilienwerten, fehlende Fachkräfte - kurz: Attraktivitätsverlust. Zwar sind ökologische Entlastungen wahrscheinlich (nachlassender Siedlungsdruck, sinkende Emissionen), aber diese allein werden die Abwärtsspirale kaum bremsen können [...] Politisch steht Schrumpfung heute noch als Symbol für Misserfolg, unabhängig von den geringen Einflussmöglichkeiten der Kommunalpolitik. Da das deutsche kommunale Einnahmensystem stark sensitiv auf abnehmende Bevölkerungszahlen reagiert, wird auch finanziell die Handlungskraft der schrumpfenden Städte und Gemeinden laufend verringert." (Mäding 2003a)

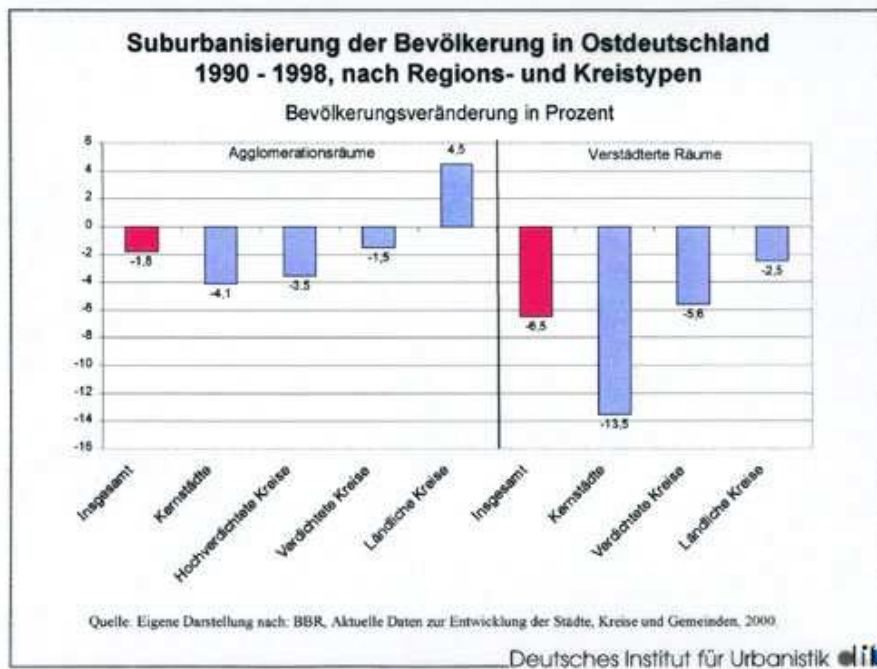
Quellen

Birg, Herwig: Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland. Prognosen und Auswirkungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 2003, H. B20, S. 6-17.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): "Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik". Endbericht der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel". Heidelberg (Decker's Verlag) 2002.

Engstler, Heribert; Menning, Sonja: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland. Berlin erw. Neuaufl. 2003.

Abbildung 4: Bevölkerungsveränderung nach Regions- und Kreistypen (Mäding 2003)



Europäische Kommission / Eurostat (Hrsg.): Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung. Luxemburg (Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften) 2002.

Fuchs, Johann: Die langfristige Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung demographischer Aspekte. Aus: Grünheid, Evelyn; Höhn, Charlotte (Hrsg.): Demographische Alterung und Wirtschaftswachstum. Seminar des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 1998 in Bingen. Opladen (Leske + Budrich) 1999. S. 69-88.

Hullen, Gert: Projections of Living Arrangements, Households and Family Structures. Aus: Hullen, Gert (Hrsg.): Living Arrangements and Households - Methods and Results of Demographic Projections. Lebensformen und Haushalte - Methoden und Ergebnisse demographischer Modellrechnungen. Wiesbaden 2003. (=Materialien zur Bevölkerungsforschung, 109)

Lauterbach, Wolfgang: Die Dauer Nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Alternative oder Vorphase zur Ehe? Aus: Klein, Thomas; Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.): Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen. Opladen (Leske + Budrich) 1999. S. 269-307.

Mäding, Heinrich: Schrumpfung als Herausforderung an eine künftige Stadtpolitik? In: Infobrief Stadt 2030, Jg. 2003, H. 10; <http://www.newsletter.stadt2030.de/essay10.shtml>.

Mäding, Heinrich: Zur Problematik der schrumpfenden Städte - Einführung in das Thema. Berlin 2003 [2003a]; http://www.difu.de/index.shtml?/presse/030212_maeding.shtml

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. Presseexemplar, Wiesbaden 2003; http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/Bevoelkerung_2050.pdf